

10. VII. 1915

## Der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien.

Der Stadtrat begann heute mit der Spezialdebatte über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1915/16. Den Vorsitz führte Vizebürgermeister Hierhammer. Berichterstatter ist Vizebürgermeister Hof.

Bei der Beratung der Gruppe I (Verwaltung im allgemeinen) wünscht Stadtrat Schneider, daß die Kommissionen, in welchen die Ferialherstellungen in Schulen festgestellt werden, möglichst durch Zusammenfassung mehrerer Schulen eines Bezirkes eingeschränkt werden, da sie eine starke Mehrbelastung der Mandatäre (Bezirks- und Ortsschulräte) darstellen. — Stadtrat Pahlka will die Wiedereröffnung des Historischen Museums im Rathaus, um den Fremden Gelegenheit zur Besichtigung zu geben. — Nach einer Anregung des Stadtrates Scherwer wäre der Magistrat zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bei Ausschreibung von Lokalausgaben auf die Gewerbetreibenden möglichst Rücksicht genommen werde und ihnen womöglich Kosten erspart werden.

### Erhöhung der Hundesteuer auf 20 Kronen.

Bei der Beratung der Gruppe II (Steuerwesen) beantragt Stadtrat Heindl, den Magistrat zu beauftragen, ehestens eine Vorlage auszuarbeiten und dem Gemeinderate zur Beschlußfassung vorzulegen, welche eine Erhöhung der Hundesteuer von 8 auf 20 K. vorsieht. Für den Antrag sprachen Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Stadträte Schmid, Knoll und Oppenberger. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

\* \* \*

Bei der Gruppe III (Gemeindevermögen) beantragt Stadtrat Schreiner die Ausschmückung der Fenster und Balkone in den städtischen Gebäuden auch heuer vorzunehmen, da diese meist durch kleinere Gärtner besorgt werde, welche hiedurch in der jetzigen schweren Zeit einen Verdienst haben.

Bei der Post „Städtische Elektrizitätswerke“ ersucht Stadtrat Wippel, die Direktion dieses Unternehmens zu beauftragen, gegen jene Gewerbetreibende, welche infolge der jetzigen Zeit ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen in der Lage sind, das größte Entgegenkommen zu bezeigen.

Bei der Post „Brauhaus der Stadt Wien“ gibt der Bürgermeister bekannt, daß zufolge der erschienenen Regierungsverordnung die Produktion des Brauhauses der Stadt Wien in den Monaten Juni, Juli und August auf drei Viertel des Bedarfes der gleichen Monate des Vorjahres herabgesetzt werden muß. Stadtrat Heindl regt an, den in städtischen Häusern eingemieteten Gastwirten, welche heute ausschließlich Bier aus dem Wiener Brauhaus führen dürfen, die Führung einer zweiten Biergattung zu bewilligen. Vizebürgermeister Rain unterstützt diesen Antrag, die Stadträte Oppenberger, Grünbed, Wippel und Fraß sind dagegen. Die Anregung des Stadtrates Heindl findet nicht die Mehrheit.

Bei der Post „Straßenbahnen“ beantragt Stadtrat Wippel, die Direktion zu beauftragen, ehestens dem Stadtrate ein Projekt über die Herstellung einer Verbindung vom Makleinsdorfer Platz über die Eichengasse, Philadelphiabridge und Feldkellergasse zur Linie nach Mauer vorzulegen. (Angenommen.)

Die Beratung wird sodann unterbrochen.